

Stellungnahme der BI „Hände weg vom Liepnitzwald“ zum

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz)

Der zur Stellungnahme vorliegende Gesetzesentwurf basiert auf der Annahme einer klimapolitisch im Bundestag erklärten dauerhaften thermodynamischen Veränderung unserer planetaren Atmosphäre, die in erheblichen Umfang klimatisch negative Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen in Deutschland mit sich bringen würde. Eine wissenschaftlich fundierte und von dieser Hypothese widersprechenden Wissenschaftlern überprüfte Beweisführung, wurde indes bisher nicht vorgelegt. Es wird vielmehr über mediale Kanäle auf öffentlichkeitswirksame Ausführungen verschiedener Angestellter des PIK als Quellbeleg verwiesen. Im Fazit wird für Deutschland der umgehende Verzicht auf die Nutzung der gegenwärtig weltweit und noch dazu in steigendem Umfang genutzten Energieträger (Braun-)Kohle abgestellt. Damit stellt sich jedoch auch die Frage, wie in Deutschland die Grundlage einer mit dem GG vereinbaren gesellschaftlichen Wohlfahrt ohne (ggf. krisenanfällige) Importabhängigkeit dauerhaft sichergestellt werden kann.

Dieser kleinteilige Gesetzentwurf regelt fast durchgängig Formalien eines Verzichtes und dessen weiterer Subventionierung, einer über Jahrzehnte bewährte Grundlastsicherung in der Stromversorgung für alle Kohlebasierten Stromerzeuger und ist auf Grund des Ausschlusses dieses Hauptlastträgers ohne Nachweis eines gesicherten Ersatzes und der fortlaufenden Gewährleistung einer stabilen, bezahlbaren und umweltverträglichen Strom- und Energieversorgung in Deutschland, nur bedingt zur Problembeschreibung und deren Lösung geeignet. Was fehlt ist ein grundsätzlich angelegtes

deutsches „**Energiesicherungsgesetz**“, was alle damit in Bezug stehenden Belange anspricht, Versorgungssicherheit zur Grundlage hat und nicht nur ein weiteres, zu den schon erlassenen, kleinteiligen Ausschluss- oder Untersagungsgesetzen darstellt.

Der Gesetzentwurf verstößt auch auf Grund seiner Vorfestlegung des Zielkorridors und der manifestierten technologischen Eingrenzungen mittels Ausschluss von Erzeugungstechnologien, nicht nur bei der Stromerzeugung, gegen die ökonomischen Wirkmechanismen der sozialen Marktwirtschaft und hierbei insbesondere gegen deren wesentliche Grundlage – der Wettbewerbsoffenheit unter Wahrung politischer Neutralität des Staates und Parlamentes.

Zur Wettbewerbsoffenheit muss eine Güterabwägung zur zukünftigen Nutzung fortentwickelter, moderner grundlastfähiger Technologien für eine auch zukünftig stabile Strom- und Wärmeerzeugung/-Versorgung der jeweiligen Bedarfsträger in der ganzen Breite des wissenschaftlichen Spektrums gehören. Dazu zählt die im Gegensatz zu den mit dem Atomausstiegsgesetz geächteten Wasser gekühlten Hochdruckkernspaltungsreaktoren der Generation somit auch die in Deutschland patentierte Lösung der „*Moderner Kernkraft*“ der *Generation IV*, d.h.:

Metall (Blei) gekühlte Niederdruckkerntechnologie

- **Dual-Fluid-Reaktor** -

siehe Anlage II. – IV.

Im Rahmen der Anhörung im Gesetzgebungsverfahren sollten zur Aufwandsminimierung in der noch immer nicht nur in Deutschland ungelösten Endlagerfrage und der Findung eines klugen, zukunftsfähigen Nachnutzungsansatzes bestehender auf Kohle basierter Energieerzeugungsanlagen an den mit dem Gesetz benannten Standorten, nach unserem Verständnis zum Vortrag vor den Bundestagsausschuss zu diesem Lösungsansatz auch die Rechteinhaber der in Deutschland patentierten

Energieversorgungslösung eine Einladung erhalten:

Patentinhaber

Herr Armin Huke E-Mail: huke@festkoerper-kernphysik.de

Herr Götz Ruprecht E-Mail: ruprecht@festkoerper-kernphysik.de

Atommüllverwertung

Herr Volker Eyssen E-Mail: Yeyssen@t-online.de

(Absenkung Endlager bedürftiger hoch radioaktiver Altlasten um über 90% der Ursprungsmenge mittels Verwertung in Dual-Fluid-Reaktoren)

Bei einer Technologie offenen, unvoreingenommen Werte orientierten neutralen Bewertung, müssten realistischer Weise große Teile des Gesetzentwurfes inklusive des Termin- und Kostenplanes neu gefasst werden. Erreichbar ist viel – eine völlig CO2 freie und noch dazu kostengünstigere Strom- und Energieerzeugung bei der Entkarbonisierung großer Bereiche der heute noch Kohle – Öl - Gas basierten Prozesse.

Hans-Jürgen Klemm

Sprecher BI „Hände weg vom Liepnitzwald“

Regionalrat (UM-BAR)

Wandlitz, den 23. Januar 2020

